



Bildungspolitik

Parlament sichert Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen

26.06.2025

Auf einen Blick

Das Parlament hat einen Nachtragskredit für EU-Forschungsprogramme bewilligt.

Damit wird die Teilnahme an den EU-Programmen für Forschung und Innovation finanziert.

Die formelle Assoziierung wird mit der Unterzeichnung im November 2025 erwartet.

Die Schweiz kann wieder an den EU-Programmabkommen für Forschung und Innovation (EUPA) teilnehmen. In der Sommersession hat das Parlament einen Nachtragskredit von 666 Millionen Franken bewilligt, um den diesjährigen Pflichtbeitrag zu leisten. Die Zahlung dieses Beitrags ermöglicht es Schweizer Akteurinnen und Akteure aus Forschung und Innovation an den Programmen Horizon Europe, Digital Europe und Euratom teilnehmen zu können.

Seit dem 1. Januar 2025 haben die Forschenden in der Schweiz einen nahezu uneingeschränkten Zugang zu den Ausschreibungen, auch als Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren sowie als Bewerbende um die prestigeträchtigen Fördermittel des Europäischen Forschungsrats (ERC). Gerade für Spitzenforschende ist es zentral, Führungsrollen übernehmen zu können, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

Besonders erfreulich ist auch der kürzlich getroffene Entscheid, dass die Schweiz im Rahmen des laufenden Validierungsprozesses im Arbeitsprogramm 2025 von Horizon Europe vollen Zugang zu den Ausschreibungen in strategischen Zukunftsbereichen erhält, darunter Künstliche Intelligenz, Quanten-, Kommunikations- und Netzwerktechnologien und raumfahrtbezogene Forschung.

Die Unterzeichnung des EUPA ist für November 2025 vorgesehen. Damit soll die provisorische Assoziierung der Schweiz an die Horizon-Programme rückwirkend formell bestätigt werden. Die Vollasoziiierung stärkt den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz langfristig. Sie steigert die internationale Sichtbarkeit, erleichtert den Zugang zu Spitzenfördermitteln und macht das Land für internationale Talente attraktiver. Davon profitiert die wissensbasierte Wirtschaft ebenso wie die Innovationskraft der Schweiz insgesamt.

Mit der Bewilligung dieses Nachtragskredits bekräftigt das Parlament zudem seinen Grundsatzentscheid aus dem Jahr 2020 zur Beteiligung am Horizon-Paket 2021- 2027 und zum entsprechenden Verpflichtungskredit von 6,153 Milliarden Franken.

Damit ist jedoch erst ein erster Schritt getan. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Spitzenposition der Schweiz als Innovationsstandort langfristig zu sichern, ist die Politik weiterhin gefordert. Es braucht eine nachhaltige, vertraglich geregelte Partnerschaft mit der EU.

**Rudolf Minsch**

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung

**Nadine Wüthrich**

Projektmitarbeiterin Wirtschaftspolitik & Bildung

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch